15ter Jahrgang. 4tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 18 Sgr. 9 Pf. vierteljährlich.

Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.



Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Verantwortlicher Redakteur: K. Bitterling. Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

№ 116. Sonnabend, den 2. December **1848.**

Notizen aus der Zeit.

Paris: Der Gesandte der deutschen Centralgewalt, Herr v. Raumer, ersucht vergeblich um Anerkennung. Wiederholt erhält er die gleiche Antwort: So lange die deutsche Reichsverfassung noch nicht zu Ende berathen und angenommen, der Zustand Deutschlands überhaupt noch ein provisorischer sei, befinde sich die Regierung der französischen Republik außer Stand, dem Verlangen Herrn v. Raumers zu entsprechen.

Die Wahl des Präsidenten der Republik soll noch vor sich gehen, und nimmt gegenwärtig den Platz des Hauptgedankens in Frankreich ein.

Italien: Aus Italien schreibt man, daß Neapel ohne alle erhebliche Veranlassung aufs Neue in Belagerungszustand versetzt sei. Nur, während in ganz Europa die Contre-Revolution Schritt vor Schritt siegreich vordringt, feiert in dem kleinen Toskana die Demokratie ihre glänzendsten Triumphe. Das Ministerium Guerazzi-Montanelli, getragen von der Livorneser und Florentiner Demokratie, bleibt seinem Ursprung, der auf den Barrikaden von Livorno zu suchen ist, vollständig getreu. Es hat das Princip von Gottes Gnaden aufgegeben, und sucht einen Staatenbund von Ganz Italien einzuleiten.

Warschau: Die zwischen Ollmütz und St. Petersburg hin- und herreisenden Couriere, wie auch das innige Einverständniß mit Potsdam, zeigen jedem Unbefangenen den Weg, der zum Verständniß der europäischen Camarilla-Umtriebe führt; die feingesponnenen Fäden dieser Metternich'schen Politik, welche ihren Knotenpunkt im Czaarenreiche hat, verlieren sich in zarten, kaum kenntlichen Linien an allen europäischen Höfen. In der Armee, in den diplomatischen Kreisen spricht man es offen aus, daß der Kaiser Nikolaus die schwere Mission zu vollbringen habe, zu bewirken, daß die durch Revolution dem alten Standpunkt enthobenen Dynastien Hohenzollern und Habsburg wieder in die gewöhnliche Lage kommen müssen. (Odr.-Ztg.

Wien: Das neue Ministerium ist gebildet: Ministerpräsident, Fürst Felix Schwarzenberg (auch Aeußeres), Baron Cordon (Krieg), Graf Stadion (Inneres), Bach (provis. Justiz), Kraus (Finanzen), Bruk (Handel), Thiernfeld (Cultus.) — Der Kaiser von Rußland hat dem Fürsten Windischgrätz das Großkreuz des St. Georgen-Ordens, und dem Banus von Croatien Baron Jellacic das Großkreuz des St. Wladimir-Ordens nebst sehr gnädigen schmeichelhaften Handbilletten übersendet. Erster Orden hat einen Werth von 80,000 Gulden C. M. Die gutgesinnten Einwohner der Stadt Wien haben beschlossen, dem Fürsten Windischgrätz einen Ehrensäbel, wo die Scheide und der Griff aus gediegenem Golde sein soll, zu überreichen — aus Dankbarkeit, daß er die Stadt aus den Händen der Wühler befreite. — Die Verhaftungen und Hinrichtungen dauern fort. In der Nacht vom 21. November sind, nach Zeitungsbericht, aus verschiedenen Kaffee- und Gasthäusern und auch aus Wohnungen allein über 200 Personen verhaftet worden. Ueber 3000 Personen sind schon verhaftet gewesen — und über 1600 sind es noch. — Robert Blum's Frau ist in Wien angekommen, um den Leichnam ihres Mannes zurückzufordern. Wie es aber gewöhnlich mit Verurtheilten geschieht — so glaubte man auch bei Robert Blum keine Ausnahme machen zu dürfen; der Leichnam wurde nämlich secirt. Es dürften daher kaum mehr die sterblichen Reste dieses Volksmannes gerettet werden. — Die Basteien um Wien werden stark befestigt. Latour erhält eine Ehrensäule zum ewigen Gedächtniß.

Der neue Reichstag zu Kremsier ist am 22. November eröffnet worden. —

Frankfurt a. M. Die deutsche Reichsversammlung hat eifrig über die Berliner Angelegenheiten gesprochen, und erklärte am 20. November den Berliner Beschluß wegen Steuerverweigerung für rechtswidrig und richtig mit 276 gegen 150 Stimmen. —

Erzherzog Johann soll unabänderlich entschlossen sein, nach noch nöthiger Einleitung mehrerer wichtigen Angelegenheiten von der Reichsverweserschaft zurückzutreten.

Sachsen: Eine Verordnung des königl. sächsischen Ministeriums sagt sehr schön: „Die Hindernisse, welche noch hie und da der freien Entwickelung des deutschen Volkes entgegentreten, die Bestrebungen, welche weder die Freiheit noch die Einheit des deutschen Vaterlandes wollen, vielmehr dem deutschen Volke wieder zu entreißen trachten, was es durch die außerordentlichsten Anstrengungen errungen, müssen mit edleren und siegreicheren Waffen bekämpft werden, als mit denen der rohen Gewalt und des Eisens.“ — In Sachsen wollten sich bewaffnete Freischaaren bilden, um der National-Versammlung in Berlin zu Hülfe zu eilen. —

Preußen.

In Westphalen ist ein Congreß zum Schutze der Berliner National-Versammlung zusammengetreten. — In der Gegend von Cölleda hat ein Dr. Stockmann einen bewaffneten Aufstand organisirt, und ist mit circa 3000 Mann nach Berlin aufgebrochen, aber nicht weit gekommen, sondern festgesetzt worden. —

Ein rheinischer Provinzial-Congreß, d. h. eine Versammlung von Abgeordneten sämmtlicher Stadt- und Landgemeinden der Provinz ist nach Köln berufen. Wie verlautet, ist der ganze katholische Theil der Reinprovinz gegen das Ministerium Brandenburg. Die ausgesprochene Steuer-Verweigerung soll eine wahre Brandfackel in die Rheinprovinz geschleudert haben. Die Bauern ver-

weigern fast sämmtlich jede Steuer-Zahlung, so daß schon Steuerempfänger haben in die Städte flüchten müssen. — In Bonn ist es bereits zu argen Auftritten gekommen. In Düsseldorf haben die Unruhen den bedenklichsten Grad angenommen. Nach Augenzeugen treffen mit Sensen bewaffnete Schaaren Bauern dort zahlreich ein, um Jeden zu veranlassen, keine Steuern zu entrichten.*) Die Stadt Düsseldorf ist am 22. November in Belagerungszustand versetzt. Verhaftungen und Waffenablieferung folgen nach.

Die Regierung zu Marienwerder hat unseren König um Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums gebeten. — In der Gegend um Halle herrscht ein totaler Bauernaufstand. —

Berlin.

Die Militairmacht, von welcher Berlin gegenwärtig occupirt wird, soll aus etwa 25,000 Mann bestehen. Die Truppen, welche dem General Wrangel hier und in der Umgegend zur Disposition gestellt sind, werden binnen wenigen Tagen gegen 60,000 Mann betragen, so daß sowohl die Ablösung im schweren Dienst, als nöthigenfalls eine Disposition einzelner Abtheilungen für andere Orte stattfinden kann. — Die Noth im Gewerbstande zu Berlin wird mit jedem Tage größer; betteln und stehlen nimmt überhand. — Flüchtlinge aus Berlin sind bereits in Frankreich angelangt. In Betreff auf Schlesien meldet man amtlich:

Berlin, den 23. November. Eine bedeutende Anzahl der größten Grundbesitzer in Schlesien haben sich unter dem 20. d. M. in einer Adresse an Se. Majestät den König gewandt, um zu erklären, daß sie bereit seien, ihre im Amortisationsfonds des schlesischen Kredit-Instituts befindlichen bedeutenden Ersparnisse als Beitrag zur freiwilligen Anleihe darzubringen; sie haben zugleich in der Aussicht auf die möglicherweise dem preußischen Staate unter den jetzigen Umständen entstehenden Geldverlegenheiten die Hoffnung ausgedrückt, daß alle ihre Mitstände auf den laut gewordenen Wunsch eingehen und durch einen Gesammt-Beschluß ihren aus 2 Millionen bestehenden landschaftlichen eigenthümlichen Fonds als Beitrag zur freiwilligen Anleihe zur Disposition stellen werden.

Der Staatsanwalt Sethe hat die von der National-Versammlung gegen das Staats-Ministerium wegen Hochverraths erhobene Anklage zurückgewiesen.

Der National-Versammlung sind bis jetzt über 3000 Zustimmungs-Adressen zugegangen. Die einzelnen Fraktionen haben stets eifrig fortgearbeitet.

Am 21. Abends hat eine Besprechung zwischen den Commissarien der Central-Gewalt Simson und Hergenhan und mehreren Abgeordneten aller Fractionen der Berliner National-Versammlung stattgefunden. Die Commissarien theilten mit, daß ihre Aufgabe zunächst sei, den Konflikt zwischen der Krone und der National-Versammlung im Sinne der Beschlüsse der deutschen National-Versammlung zu beseitigen, daß ihre Instruktion indessen auch dahin laute, für den Fall, jene Vermittelung nicht zu Stande komme, eine Entscheidung zu treffen.

Die Abgeordneten erklärten sich einstimmig dahin, daß sie mit der Ausführung der von der deutschen National-Versammlung am 14. d. M. gefaßten Beschlüsse einverstanden seien. Nach diesen Beschlüssen soll dahin gewirkt werden, daß die Regierung von der Verlegung der National-Versammlung abstehe, sobald durch geeignete Maßregeln die Freiheit der Berathung in Berlin sichergestellt sei, ferner daß die Krone ein volksthümliches Ministerium ernenne. Durch die ohne allen Widerstand erfolgte militairische Besetzung Berlin's und durch die Entwaffnung sei ohne allen Zweifel jedem Angriff auf die National-Versammlung oder auf einzelne Mitglieder derselben vorgebeugt; auch fehle es nicht an Gesetzen, nach denen solche Angriffe bestraft werden könnten. Die Regierung befinde sich also jetzt vollkommen in der Lage für die Freiheit der Berathungen bürgen zu können, das in der Königl. Botschaft vom 8. d. Mts. für die Verlegung nach Brandenburg angeführte Motiv sei jetzt gar nicht mehr vorhanden.

Jetzt komme es allein noch darauf an, daß die Krone den anderen Theil der Frankfurter Beschlüsse ausführe und ein volksthümliches Ministerium ernennen. Dadurch sei der Conflikt von selbst gehoben.

Die Commissarien gingen auf diese Erklärung nicht ein, sondern deuteten wiederholt darauf hin, die Versammlung solle sich zunächst nach Brandenburg begeben, um dort ein Gesetz, ähnlich dem Frankfurter, zum Schutze der Versammlung zu berathen und anzunehmen.

Diese Zumuthung wurde von den Abgeordneten einstimmig abgelehnt, unter wiederholter Hinweisung darauf, daß mehr als genügender Schutz für die Freiheit der Berathungen und Personen in Berlin vorhanden sei, also jeder Grund zur Verlegung nach Brandenburg fehle.

Auf die Frage, ob die Versammlung sich einer Entscheidung der Central-Gewalt und der Frankfurter Versammlung fügen werde, antwortete ein Abgeordneter der Linken mit: Nein; die anderen Fractionen behielten sich ihren Beschluß vor.

Schlesien: Der Regierungs-Rath v. Schleinitz hat die Geschäfte des Oberpräsidenten von Schlesien interimistisch übernommen. — Aus Löwenberg und Liegnitz beklagt man sich schwer über das viele Militair und die unnützen Excesse desselben. In Schweidnitz hat's schon wieder Noth ein Blutbad zu vermeiden; die Thore sind befestigt und werden Abends geschlossen. —

Breslau: Unruhe fort und fort; Magistrat und Stadtverordnete hart mitgenommen.

Rede H. Simon's über den constitutionellen Conflict in Preußen*).

H. Simon von Breslau: Meine Herren! Es ist wahrlich schwer, unter den erschütternden Eindrücken, die wir so eben erhalten haben, das Wort über einen anderen Gegenstand zu ergreifen. Ich sage Ihnen daher in jener Beziehung nur **Eins: In Oesterreich ist es zu spät; in Preußen noch Zeit!** — — Meine Herren! Sollen denn die Lehren der Geschichte ewig **spurlos** vorübergehen? Achtzehn Jahre sind es erst, daß **Karl X.** seinem Lande ein Ministerium aufdrängen wollte, ein Ministerium, welches mit einem **Staatsstreiche** begann. Die Folge war der Sturz der Dynastie. Meine Herren, nur **die Namen** sind verschieden. Bei Polignac wie bei Brandenburg sind es nicht die **Personen,** gegen welche das Land sich erhebt, es sind die dem Volkswillen gegenüberstehenden **Systeme,** welche durch jene Personen vertreten sind, und daß man auch in Berlin in dieser Beziehung das Richtige herausgefühlt, das zeigt die erste Handlung des Ministerii: die **Mißachtung** der constituirenden National-Versammlung durch deren Vertagung und Verlegung. Meine Herren: **Frankreich** konnte sich damals nur durch eine Revolution helfen: **Preußen** — — meine Herren, handeln Sie energisch und rasch, und Sie können — Preußen eine zweite Revolution ersparen. — Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen mit wenigen Worten die letzten Tage der preußischen Geschichte vorführe, Sie werden daraus ersehen, was man mit dem Ministerium Brandenburg, was mit der Verlegung des Landtags beabsichtigt hat. — Seit längerer Zeit ist Berlin von einer Armee umgeben, einer Armee, wie man hört, mit 217 Feuerschlünden. Man wartete der Ereignisse. Da fiel **Wien** und — **Frankfurt** schwieg. Jetzt, meine Herren, kündigte man ein Ministerium Brandenburg an und die Soldaten in Berlin wurden auf acht Tage verproviantirt. Die National-Versammlung legte einen energischen Protest gegen ein solches Ministerium ein; die Stimmung des Landes wurde dargestellt; sie beabsichtigte, diesen Protest zu unterstützen durch persönliche Erklärungen gegenüber dem Thron; der Thron verweigerte, die gesetzliche Stimme des Landes zu hören! So hören Sie, meine Herren, wie man in der Umgebung des Thrones von den Maßregeln denkt, die man ergriffen hat, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen wenige Zeilen vorlese. Die neue preußische Zeitung — das ist ein Organ derjenigen, welche in der Nähe der Throne stehen, ein Organ der Aristokratie . . .

Präsident: Ich setze voraus, daß die Versammlung gegen die Vorlesung nichts einzuwenden hat, ich muß die Form wahren.

(Viele Stimmen: Lesen!)

H. Simon: Die neue preußische Zeitung sagt unumwunden Folgendes: „Das Ministerium Brandenburg ist von der Nationalversammlung in Berlin, noch ehe es zu Stande gekommen, mit einem fast einstimmigen Mißtrauensvotum begrüßt worden, welches eine Deputation von 25 ihrer Glieder **aller Farben**" — Hören Sie wohl, meine Herren, **aller Farben** — „vor Sr. Maj. dem Könige ausgesprochen hat. Wir hoffen, daß dieses Mißtrauen der Versammlung durch des Königs Vertrauen auf- und überwogen werden wird. Die Sache steht dann so, daß die Versammlung zu der Regierung und die Regierung zu der Versammlung kein Vertrauen hat. Die „Ver-

---

*) Gehalten in der reformirten Kirche, Sitzung vom 14. November c.

einbarung", welche Vertrauen voraussetzt, kommt nicht zu Stande. — Der Thron bleibt, was er seit vier Jahrhunderten ist, nämlich — „Thron und breiteste Grundlage" des durch und um ihn gebildeten und gesammelten preußischen Staates und Volkes, und der Concertsaal wird wieder das, was er bis vor wenigen Wochen war, nämlich — Concertsaal, in welchem wieder Harmonie an die Stelle der Mißtöne tritt, die jetzt darin zwischen denen erklingen, die den Pöbel führen, und denen, die vor dem Pöbel sich fürchten." Meine Herren! Ist Ihnen das deutlich genug? (Viele Stimmen: Ja!) meine Herren! **die Seele** dieses Ministeriums Brandenburg ist der Minister des Innern, Hr. v. Manteuffel. Graf Brandenburg ist die vorgeschobene Persönlichkeit. Sie werden mir erlauben, da wohl nur sehr Wenige unter Ihnen Näheres von Herrn v. Manteuffel wissen, daß ich Ihnen mit wenigen Worten die Charakteristik dessen gebe, der gegenwärtig der Leiter der preußischen Verhältnisse ist und dadurch der deutschen Verhältnisse, hoffentlich, **gewesen** ist. Meine Herren! Zur Zeit des ersten preuß. Landtags, wo verschiedene verehrte Mitglieder aus der hiesigen Versammlung, die bei uns auf der äußersten Rechten sitzen, wo diese Mitglieder zum Theil der äußersten Linken sich näherten, da hatte dieser Herr v. Manteuffel seinen Platz **auf der äußersten Rechten.** (Hört!) Er vertrat die Anschauungen Metternich's, wenngleich nicht mit dessen Geiste, er vertrat den reinen, unverfälschten Polizeistaat. Meine Herren! Wenn die Ansichten dieses Mannes durchgingen, — wir wollen hoffen, es wird nicht geschehen, — dann wäre bei weitem das Beste, was Preußen zu erwarten hätte — eine octroirte Charte nach den Gelüsten und im Sinne des Junkerthums. — Das, meine Herren, ist der Dank, daß im März das Volk vor dem Throne stand! (Hört! hört!) Und gleichzeitig ist von Halle her Professor Leo in die Umgebung des Thrones gezogen worden, jener bekannte Absolutist, der Ihnen in seinen Geschichtswerken des Weitläufigen beweist, daß die französische Revolution in jeder ihrer Epochen hätte zurückgedrängt werden können, **wenn man nur die nöthige Energie bewiesen hätte!** Meine Herren! Wenn in einem constitutionellen Staate der Thron solche Rathgeber hat, und wenn gleichzeitig eine Armee von **50,000** Mann, versehen mit einigen Hundert Feuerschlünden, in und um die Hauptstadt des Reichs zusammengezogen wird, da kann man ungefähr wissen, was zu erwarten steht. — Man ernannte, ich wiederhole es, nach dem Falle Wiens, alles Protestirens unerachtet, dieses näher geschilderte Ministerium Brandenburg, und der erste Schritt dieses Ministeriums war die Verlegung, die Vertagung der Versammlung. Meine Herren! Man darf mit Sicherheit und mit Entschiedenheit sagen, daß nimmermehr an diese Maßregel gedacht worden, wenn die Brandraketen und die Kartätschen des Fürsten Windischgrätz nicht einen so eminenten Erfolg gehabt hätten, wenn man nicht die Gelegenheit, die anscheinend letzte, ergreifen wollte, alle Verhältnisse zurückzuführen. Diese Annahme hat ihre Berechtigung, weil die innere Veranlassung zu jenen Maßregeln fehlt. Es ist eine gemachte Maßregel. (Unruhe auf der Rechten.) Ich habe Ihnen das zu beweisen, und werde es Ihnen beweisen. In der königlichen Botschaft vom 8. November wird gesagt, **daß am 31. Oktober von aufgewiegelten Volkshaufen der Versuch gemacht worden, die Abgeordneten einzuschüchtern,** — das ist der Vordersatz, und auf diesen Vordersatz wird der Nachsatz gebaut: **daß solche Ereignisse nur zu deutlich beweisen, daß die Versammlung der eigenen Freiheit entbehrt,** und daß die Mitglieder dieser Versammlung nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathung vor dem Scheine der Einschüchterung sicher zu stellen. Also, meine Herren, weil der Versuch gemacht worden ist, die Versammlung einzuschüchtern, **deßhalb und dadurch ist bewiesen,** daß sie **wirklich** eingeschüchtert worden. Meine Herren! Man bezieht sich zum Beweise auf den **31.** Oktober, dieser **31.** Oktober wird in der königlichen Botschaft an die Spitze gestellt. Wissen Sie, was an diesem **31.** Oktober das Volk gewollt und gethan, und was die Versammlung darauf beschlossen hat? Am **31.** Oktober war die Nachricht nach Berlin gekommen, daß Wien bombardirt werde, und das Volk, im vollsten Mitgefühle für die Schwesterstadt, und in dem Bewußtsein, daß, wenn Wien fiel, demnächst Berlin daran käme, und dann das übrige Deutschland, das Volk ließ sich dazu hinreißen, in ungesetzlicher und verwerflicher Weise gegenüber der Volksvertretung sein Wollen geltend zu machen; und was that darauf die Versammlung? In der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, welcher den Wünschen des Volkes entsprach; die Linke trug darauf an, daß Preußen sofort mit seiner Gesammtmacht Wien zu Hülfe eilen sollte. Ist dieser Antrag von der Versammlung angenommen worden? Während die Volkshaufen draußen tobten, hat die preußische Nationalversammlung diesen Antrag abgelehnt und den des Centrums angenommen, daß man sich an die deutsche Centralgewalt wenden solle, um durch diese Wien Schutz zu gewähren. Nun, meine Herren, Sie werden mir zugeben, daß das ein sehr milder Antrag war, und da dieser Antrag angenommen, mit welchem Rechte kann man die Behauptung wagen, daß die Nationalversammlung am **31.** Oktober eingeschüchtert war?! (Stimmen: Sehr gut!) Wenn dieß nicht Beweis genug ist, so werde ich Ihnen einen weitern vorführen, und ich denke, er soll Sie überzeugen.

(Schluß folgt.)

In der am **19.** November zu Oels abgehaltenen Bezirks-Versammlung des Oelser Volksvereins kam auch die Steuerverweigerung zur Sprache. Der Beschluß der Nationalversammlung lautet:

Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden, bis die hohe Versammlung wieder in Berlin mit Sicherheit ihre Pflichten erfüllen kann, und tritt dieser Beschluß am **17.** November in Kraft.

Der Bezirksverein entschied sich für die Steuerverweigerung; es wurde jedoch beschlossen, diese Frage in der den **22.** abzuhaltenden Kreisversammlung nochmals zur Vorlage zu bringen, und zu diesem Zwecke gleichzeitig eine Kommission ernannt: um festzustellen, wohin die Steuern gezahlt werden sollten, wenn sie nicht an die bisherigen Steuerstellen abgeführt würden, da die Nationalversammlung keineswegs die Aufhebung der Steuern ausgesprochen. Die Kommission beschloß in der Majorität die Steuerverweigerung, und machte ein Gutachten des Beamten Kriebel zu dem ihrigen, dasselbe lautet:

Bei dem Versuche einer Lösung dieser sehr schwierigen Aufgabe kommt es vor allen Dingen darauf an, ein Depositum ausfindig zu machen, in welchem die asservirten Gelder sicher und ungefährdet so lange liegen können, bis die Nationalversammlung das Weitere über deren Verwendung beschlossen, oder beziehungsweise, bis der Conflikt zwischen Krone und Volk seine Erledigung, und ein verantwortliches Ministerium, gestützt auf die Majorität unserer Volksvertretung, wieder gesetzlichen Bestand gewonnen hat.

So unbestritten und unzweifelhaft der Nationalversammlung die volle Berechtigung zustand, die Einzahlung der Steuern an das Ministerium der Contre-Revolution zu verbieten: ebenso unzweifelhaft gewiß ist es, daß dadurch die Steuerbelastung selbst nicht als „aufgehoben zu betrachten, sondern „gegentheilig von dem guten Sinne unsers für's „Allgemeinwohl erglühten Volkes mit Recht zu „erwarten ist, daß grade jetzt, in den Zeiten der „äußersten Gefahr für unser Vaterland, ein Jeder „die Nothwendigkeit erkennen wird, nach Kräften „aus seinen eigenen Mitteln dazu beizutragen, um „das Gesammtwesen vor einem völligen Ruin zu „behüten." Es wird also jeder Gutdenkende nicht anstehen, neben den gesetzlichen Staatsabgaben alle nur möglichen Opfer für die Rettung des Vaterlandes darzubringen!

Aber es kommt darauf an, daß diese Abgaben und Steuern, daß diese Opfer einer begeisterten Vaterlandsliebe, welche gewiß in den meisten Fällen mit saurem Schweiße dem eigenen Lebensbedürfnisse abgerungen werden müssen, nicht in Hände fallen, welche einen fluchwürdigen Gebrauch davon zu machen keinen Anstand nehmen würden.

Um gegen solche Möglichkeiten gesichert zu sein, müssen wir vorab ein Depositum für die Asservation der Steuern ermitteln, welches gegen alle Attentate der contre-revolutionairen Gewalt vollständig sicher gestellt ist. Für ein solches Depositum möchte aber wohl Keiner — auch der Verwegenste nicht — eine Garantie übernehmen können, so lange das von der Nationalversammlung ausgegangene und mit Sturmes-Eile durch's ganze Land verbreitete „System des passiven Widerstandes" die Gewaltthätigkeit durch Gewalt abzuwehren nicht gestattet.

Und es steht fest, daß, nachdem einmal jenes „bewunderungswürdige System des passiven Widerstandes" zur übermäßigen Freude „aller Ruhe und Ordnung liebenden Patrioten" erfunden und in Anwendung gesetzt worden ist, dasselbe auch in all' seinen Consequenzen und Resultaten erprobt — man möchte sagen: ausgekostet werden muß, und wird, um die Experimental-Physik der deutschen Völker wieder um eine gewichtige Erfahrung zu bereichern.

Eine Consequenz des passiven Widerstandes ist es aber, daß — wenn auch Steuer-Asservations-Stellen, welche gegen alle mögliche Fährlichkeiten sämmtlicher Elemente Himmels und der Erde gesichert erscheinen, überall und an den geeigneten Orten aufgefunden werden sollten — eine ausreichende Versicherung derselben gegen zu erwartende Gewaltschritte der contre-revolutionären Macht, welche um so activer sein wird, weil ihr eben nur eine passive gegenübersteht, gar nicht im Bereiche der Möglichkeit liegen kann.

Dies wird auch unsere Nationalversammlung sehr wohl begriffen haben; denn sonst würde sie gleichzeitig mit ihrem Beschlusse vom **15. h.**, oder unmittelbar nachher, einen zweiten Beschluß gefaßt haben, wodurch unsere gegenwärtigen Bedenklichkeiten mit einem Male behoben sein würden.

Die Nationalversammlung hat also durch ihr Stillschweigen über diesen Punkt wohl nur andeuten können, daß die Steuern und Abgaben in den eigenen Taschen der Steuern- und Abgabenpflichtigen vorläufig am Sichersten aufgehoben sein dürften.

Und die Kommission stimmt der Nationalversammlung, wie in dem, „was sie beschlossen hat," so auch vollständig in dem bei, „was sie nicht beschlossen hat," indem sie die Begründung dieses „Nichtbeschlusses" eben darin finden muß, daß sie „bei sothanen Umständen und vorliegenden Systemen" vernünftiger Weise über diesen Punkt nichts hat beschließen können!

Die Minorität der Kommission (Kaufmann Philipp und Assessor Tülff) hat sich gegen die Steuerverweigerung aus folgenden Gründen erklärt:

1) Die Nationalversammlung hat keine Aufhebung der Steuern, sondern nur eine Nichtabführung an das jetzige Ministerium beschlossen, es hätte daher unbedingt einer Bestimmung der Nationalversammlung bedurft, wohin die Steuern gezahlt werden sollten.
2) Weder die Stadt Berlin, noch Breslau, noch irgend ein Kreis, hat sich über die Art der Ausführung der Steuerverweigerung ausgesprochen; wir befinden uns in Betreff der Ausführung in völliger Rathlosigkeit.
3) Weil der Vorschlag, daß jeder Steuerpflichtige die Steuer in seiner Tasche zurückhalte, unausführbar erscheint, da einestheils noch nicht feststeht, wie lange die Steuerverweigerung dauern wird, anderntheils der Staat, es mag nun die Nationalversammlung oder das Ministerium regieren, nothwendig die Steuern zu seiner Existenz bedarf,

und daher ihr Votum dahin abgegeben: die Steuern wie bisher an die Steuerstellen fortzuzahlen.

Ein Beschluß Seitens des Kreis-Vereins ist über diese höchst wichtige Frage nicht gefaßt, da wegen der großen Anzahl Fremder eine Stimmzählung nicht füglich vorgenommen werden konnte.

Neuestes.

Am 27. November, Morgens nach **10** Uhr sollte in der Domkirche zu Brandenburg die **neue** Nitional-Versammlung eröffnet werden; zwar erklärte der Herr Minister-Präsident dieselbe auf Befehl Sr. Majestät des Königs als wieder eröffnet, der Alters-Präsident Brünneck jedoch konnte, nach erfolgter Zählung (nur **154** Abgeordnete) nicht umhin zu erklären: daß die Versammlung **nicht** beschlußfähig sei, und die Sitzung derselben daher **nicht eröffnet** werden könne.

Oels (Evangelische Kirche.)

Am 1. Advent-Sonntage
predigen:

In der Schloß- und Pfarrkirche:
Früh-Predigt: Herr Archidiakonus Schunke.
Amts-Predigt: Hr. Sup. u. Hofp. Seeliger.
Nachm.-Pred.: Herr Propst Thielmann.

In der Propstkirche:
Mittags 12 Uhr: Herr Subdiak. Lindner.

Wochen-Predigt:
Donnerstag, den 7. Decmbr., Vormittags $8\frac{1}{2}$ Uhr, Herr Subdiakonus Lindner.

Geburt.

Den **11.** November Frau Fleischermeister Körner, geb. Albrecht, einen Sohn, Otto Erwin Oskar.

Heirathen.

Den **20.** November der Tagearbeiter Steinig, mit Dorothea Hoffmann.

Den **27.** November der Kretschmer Wicke in Polnisch-Elguth, mit Jungfrau Krause.

Den **27.** November der Dienstmann Scheurig in Schmollen, mit Rosina Schädel in Netsche.

Den **27.** November der Dreschgärtner Biewald in Woitsdorf, mit Jungfrau Guhse in Netsche.

Allen denen, welche bei der Beerdigung des Gastwirths Gottlieb Zernahle Theil nahmen, können wir nicht unterlassen, unsern innigsten Dank abzustatten.

Oels, den 29. November 1848.

Die Hinterbliebenen.

„Der jüngere ökonomische Verein zu Oels"
wird seine nächste Versammlung am 10. Dezember d. J., Mittag, Punkt 2 Uhr, im Gasthofe zum goldnen Adler in Oels, abhalten und ladet zur recht zahlreichen Theilnahme ganz ergebenst ein:

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Wegen anhaltender Brustkrankheit und überhäufter Geschäfte sehe ich mich genöthiget, das mir übertragene Amt eines Vorstehers des Volksvereins vom Kreise Oels, niederzulegen. Ich habe deßhalb meinem Stellvertreter, dem Herrn Hoffrichter, die Anweisung zugeschickt, meine Function sofort zu übernehmen und bitte, vom heutigen Tage alle Mittheilungen und Vorlagen an diesen zu übersenden.

Langewiese, den 24. November 1848.

Ruppelt.

Bekanntmachung.

In der Brauerei des Dominii Lampersdorf, ist von heute ab gutes einfaches Bier, in ganzen und halben Tonnen zu haben.

Lampersdorf, den 26. November 1848.

Bescheidene Anfrage!

Ist der Acker-Bürger Günther berechtigt die städtischen Aecker durch Treiber zu bejagen, und zu beschießen?

Ein dunkelbrauner Pony, 8 Jahr alt, ist zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt das Rent-Amt zu Briese, Kreis Oels.

Ein starkes, brauchbares Pferd ist zu dem billigen Preise von **7** Rthlr. zu verkaufen; das Nähere in der Expedition dieses Blattes.

Es wird eine Besitzung in Oels oder in der Nähe der Stadt zum Preise von **3 — 4000** Rthlr. — gegen baar — zu kaufen gesucht; Bedingung ist jedoch, daß das Wohnhaus in gutem Zustande, und Garten und etwaniges Feld tragbaren Boden hat. Offerten werden schriftlich erbeten und wird die Expedition dieses Blattes die Güte haben, dieselben in Empfang nehmen und weiter befördern.

Eine gewandte Köchin findet zu Weihnachten beim Besitzer von Neuhaus bei Juliusburg ein Unterkommen und kann sich bald melden; ebenso können daselbst noch fleißige Arbeiter angenommen werden.

An die auswärtigen geehrten Abonnenten der „Freien Blätter" und des „Wochenblattes für das Fürstenthum Oels", welche das Abonnement für das Quartal von Michaeli bis Weihnachten c. noch nicht entrichtet haben, richte ich die ganz ergebene Bitte, mir bis zum 10. December d. J. den Betrag gefälligst zugehen zu lassen. Diejenigen geehrten Subscribenten, welche mir denselben bis zu diesem Termine nicht zugeschickt haben, wollen mir gestatten, als Erlaubniß betrachten zu dürfen, das Abonnement durch Postvorschuß zu erheben. Gleichzeitig ersuche ich diejenigen verehrlichen Leser des Wochenblattes, welche noch mit Bezahlung für diesen oder den vorigen Jahrgang im Rückstande sind, dringend und ergebenst, bis zum oben genannten Zeitpunkt den Betrag an mich gelangen zu lassen. Sollte derselbe bis dahin nicht eingegangen sein, würde ich ebenfalls von der Einziehung durch Postvorschuß Gebrauch machen.

Oels, den 28. November 1848.

A. Ludwig.